

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Rat der Stadt Schwelm</b>		
Sitzungsort <b>Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm</b>		
Datum <b>05.07.2018</b>	Beginn <b>17:05 Uhr</b>	Ende <b>21:44 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Bosselmann, Ralf	
Christoforidou, Elissavet	
Hortolani, Frauke Dr.	
Kaufmann, Michaela Dr.	ab 18:21 Uhr - TOP A 7
Kick, Hans-Werner	
Kirschner, Thorsten	ab 17:28 Uhr - TOP A 5 bis 21:00 Uhr - TOP A 13.1
Philipp, Gerd	
Schier, Klaus Peter	
Tempel, Gabriele	
Wapenhans, Detlef	
Weidner, Johnnie	
Flüshöh, Oliver	
Heinemann, Manfred	
Kampschulte, Matthias	
Lenz, Heinz-Jürgen	
Lusebrink, Hans-Otto	
Müller, Michael	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Sartor, Christiane	
Thier, Heinz Georg	
Zeilert, Hans-Jürgen	
Beckmann, Philipp J.	
Pfeffer, Jörg	bis 18:45 Uhr - TOP A 7
Schwunk, Michael	
Stark, Wolfgang	bis 21:11 Uhr - TOP A 15
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	
Weidenfeld, Uwe	bis 21:12 Uhr - TOP A 15
Bockelmann, Christian Dr.	
Garn, Elke	bis 20:35 Uhr - TOP A 11
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	bis 21:10 Uhr - TOP A 13.2
Lubitz, Eleonore	
Burbulla, Johanna	bis 20:00 Uhr - TOP A 8.2
Huppelsberg, Wulf	
Stutzenberger, Olaf	

## **Vorsitzende**

Grollmann, Gabriele

## **Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung**

Guthier, Wilfried  
Heringhaus, Petra  
Jansen, Matthias  
Müller, Ursula  
Peters, Hildegard  
Rath, Christiane  
Rüth, Christian  
Schweinsberg, Ralf  
Striebeck, Thomas  
Tolksdorf, Andreas

## **Schriftführer/in**

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

## **Mitglieder**

Philipp, Sylvia Dr.  
Happe, Andreas

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- |     |   |            |
|-----|---|------------|
| 1   | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n   |            |
| 2   | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  |            |
| 3   | Niederschrift zu den Sitzungen vom 22.03.2018 und 17.05.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung -   |            |
| 4   | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung  |            |
| 5   | Mitteilungen der Bürgermeisterin  |            |
| 6   | Ausschussumbesetzungen  | 092/2018   |
| 7   | Weitere Entwicklung der Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm  | 103/2018   |
| 8   | Zentralisierung / Entwicklung Bestandsgebäude   |            |
| 8.1 | Entwicklung Patrizierhaus   | 094/2018/1 |
| 8.2 | Bestandsgebäude Kesselhaus / Antrag der Fraktion SWG / BfS vom 12.6.2018  | 098/2018/1 |
| 8.3 | Entwicklung Kesselhaus  | 094/2018/2 |
| 9   | Jahresabschluss 2017 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG (GSWS) und der Beteiligungsgesellschaft   | 086/2018/1 |
| 10  | Konzept Martfeld 2020   | 099/2018   |
| 11  | Regionale Vereinbarung über eine gegenseitige Abstimmung im Bereich des großflächigen Einzelhandels und im Umgang mit kommunalen und (teil-)regionalen Einzelhandelskonzepten und Gutachten im Verbandsgebiet des Regionalverbands Ruhr (RVR)   | 064/2018   |
| 12  | Bebauungsplan Nr. 106 "Zassenhaus-Gelände"<br>1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB<br>2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB<br>3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB | 071/2018   |

13	Änderungsverfahren des LEP NRW	
13.1	Änderungsverfahren des LEP NRW - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.06.2018	100/2018
13.2	Änderungsverfahren des LEP NRW - Anträge der Fraktion DIE LINKE. vom 26.06.2018	104/2018
14	Antrag der weiterführenden Schulen zur Einrichtung eines Integrationspools in der Sekundarstufe I	067/2018/2
15	Erweiterung der OGS- Gruppen an den Schwelmer Grundschulen; hier: Teilrücknahme des Beschlusses vom 22.03.2018	105/2018
16	Schöffenwahl 2018 für die Amtsperiode 2019 bis 2023 - Aufstellung der Vorschlagsliste	101/2018
17	Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs- Unternehmen am 07.06.2018 (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW	082/2018
18	Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen/-auszahlungen für das Haushaltsjahr 2018 im Produkt 12.01.01 "Gemeindestraßen" (Erstattung zu viel gezahlter Konzessionsabgaben)	072/2018
19	Überplanm. Aufwendungen/Auszahlungen bei Haushaltsstelle 03.02.01.531800 – Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche, sowie bei der Haushaltsstelle 03.02.06.531800 – Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	081/2018
20	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

Frau Bürgermeisterin Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Ratssitzung und gratuliert zunächst nachträglich allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung am 17.05.2018 Geburtstag hatten.

## **A Öffentliche Tagesordnung**

### **1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n**

Im Anschluss eröffnet Frau Grollmann die heutige Ratssitzung.

### **2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen worden und der Rat beschlussfähig sei.

Zur Tagesordnung und ihren dazugehörigen Vorlagen gibt sie folgende Hinweise bzw. unterbreitet sie nachstehende Änderungsvorschläge:

- Im Nachgang zur Einladung wurden folgende Vorlagen bzw. Dokumente zur Verfügung gestellt:
  - Vorlage 094/2018/1 – Entwicklung Patrizierhaus
  - Vorlage 094/2018/2 – Entwicklung Kesselhaus
  - Vorlage 098/2018/1 – Entwicklung Kesselhaus – Antrag der SWG/BfS vom 12.06.2018
  - Vorlage 099/2018 – Konzept Martfeld 2020
  - Vorlage 104/2018 – Anträge der Fraktion DIE LINKE. zum LEP NRW
  - eine ergänzende Mitteilung zur Vorlage 100/2018 – LEP NRW
  - Vorlage 103/2018 – Weitere Entwicklung der Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm
  - Vorlage 067/2018/2 – Antrag der weiterführenden Schulen zur Einrichtung eines Integrationspools in der Sek. I
  - Vorlage 105/2018 – Teilrücknahme des Beschlusses zur Erweiterung der OGS- Gruppen an den Schwelmer Grundschulen und
  - Vorlage 086/2018/1 – Jahresabschluss 2017 der GSWS, die Vorlage 086/2018 ersetzt
  - Vorlage 096/2018 – 2. Änderung Stellenplan 2018
  
- Es wird die Erweiterung der Tagesordnung um Vorlage 105/2018 – Teilrücknahme des Beschlusses zur Erweiterung der OGS-Gruppen – vorgeschlagen. Die Dringlichkeit zur Erweiterung der Tagesordnung ergibt sich aus der Tatsache, dass eine Umsetzung des Beschlusses zum 01.08.2018 vorgegeben und die heutige Ratssitzung die letzte Sitzung vor der

Sommerpause ist. Die Umsetzung des bestehenden Beschlusses würde Personalmaßnahmen und die Beschaffung von Ausstattungen zur Folge haben und damit finanzielle Nachteile für die Stadt mit sich bringen. Um diese wirtschaftlichen Nachteile zu vermeiden, ist es erforderlich, dass sich der Rat noch heute mit der Thematik befasst.

Es wird vorgeschlagen, die Vorlage 105/2018 nach dem Tagesordnungspunkt „Antrag der weiterführenden Schulen zur Errichtung eines Integrationspools in der Sek. I“ zu behandeln.

- Zur Reihenfolge der Tagesordnung werden nachstehende Änderungen vorgeschlagen:
  - Der Tagesordnungspunkt zur Bäderlandschaft wird vorgezogen.
  - Die Tagesordnungspunkte zur Zentralisierung mit den Tagesordnungspunkten zu den Bestandsgebäuden der ehemaligen Brauerei und dem dazu vorliegenden Antrag der SWG/BfS werden zu einem Komplex zusammengezogen und an die Bäderlandschaft angeschlossen.
  - Direkt danach wird der Tagesordnungspunkt mit dem Jahresbericht der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung (GSWS) behandelt, um alle drei Tagesordnungspunkte mit externen Besuchern zu Beginn der Sitzung abzuhandeln.
  - Nach den Tagesordnungspunkten mit externen Gästen soll das Konzept Martfeld 2020 folgen, bevor
  - der nächste erweiterte Themenkomplex „Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen“ mit dem Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen und den Anträgen der Fraktion DIE LINKE. behandelt wird.

Die geänderte Tagesordnung mit den von mir vorgeschlagenen Änderungen bzw. Ergänzungen sehen Sie an der Wand und finden diese natürlich auch – ebenfalls wie alle im Nachgang zur Einladung erstellten Vorlagen – im Ratsinformationssystem.

Die Bürgermeisterin erkundigt sich, ob es Fragen oder Anmerkungen zu den vor ihr vorgetragenen Vorschlägen zur Tagesordnung gebe.

Herr Schwunk beantragt, die für den nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgesehene Vorlage zum Patrizierhaus im öffentlichen Teil zu behandeln. Der Kaufpreis sei öffentlich bekannt und es bestehe öffentliches Interesse an der Beratung.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass Grundstücksangelegenheiten nach den Regelungen der Gemeindeordnung in Verbindung mit der Geschäftsordnung nichtöffentlich zu beraten seien.

Herr Gießwein wendet ein, dass es an dieser Stelle auch um den Vertragspartner der Stadt gehe. Wie sollen zukünftig Vertragspartner gefunden werden, wenn sie in die Öffentlichkeit gezerrt werden.

Frau Grollmann ruft zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Schwunk auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	4
	dagegen:	28
	Enthaltungen:	1

Frau Gießwein und Herr Weidenfeld waren während der Abstimmung nicht anwesend.

Anschließend bittet die Bürgermeisterin um Abstimmung über die von ihr vorgetragene Erweiterung bzw. vorgeschlagenen Änderungen der Reihenfolge der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	1

### **3 Niederschrift zu den Sitzungen vom 22.03.2018 und 17.05.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung -**

Frau Grollmann teilt mit, dass die Niederschriften zu den Sitzungen vom 22.03.2018 und 17.05.2018 allen Mitgliedern des Rates rechtzeitig zugeleitet und Einwände gegen Sie nicht vorgetragen worden seien.

Sie schlägt vor, die Kenntnisnahme der Niederschriften und das Nichtvorliegen von Einwänden gegen sie festzustellen und entsprechend zu protokollieren. Gegen diesen Vorschlag wird kein Widerspruch erhoben.

Die Niederschriften werden zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass Einwände gegen sie nicht erhoben werden.

### **4 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung**

keine

### **5 Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Frau Grollmann teilt zu dem Antrag der SPD-Fraktion „Kommunalpolitik in der Schule“ mit, dass die Beratung ergeben habe, dass dies kein Antrag sei, den der Rat der Stadt Schwelm in seiner Zuständigkeit entscheiden könne, da er in die sogenannten Schulangelegenheiten eingreife.

Nach vielfacher Diskussion, u.a. bei den Schulleitungen, habe die Verwaltung jedoch feststellen können, dass die Bereitschaft zur Unterstützung des vorgeschlagenen Projektes sehr groß sei. Daher schlage die SPD-Fraktion den nachstehenden Text als gemeinsame Erklärung des Rates vor und bittet das Schulverwaltungsamt,

entsprechend tätig zu werden. Auch sie selbst und Herr Schweinsberg unterstreichen das genannte Projekt und werden als Mentoren zur Verfügung stehen.

*"Der Rat der Stadt begrüßt die Bereitschaft der Schwelmer Schulen, das Projekt „Kommunalpolitik in der Schule (KidS)“ im kommenden Schuljahr 2018/19 versuchsweise durchzuführen. Die Fraktionen im Rat der Stadt melden der Verwaltung bis Ende Juli die Namen der Ratsmitglieder, die sich bereit erklären, am Projekt teilzunehmen. Die Verwaltung meldet den Schulen mit Beginn des neuen Schuljahres die Zahl der teilnehmenden Ratsmitglieder. Danach können die Schulen das Angebot bei ihren Schülerinnen und Schülern in einem entsprechenden Umfang bekannt machen. Sollten die Schulen das Projekt durchführen, wird die Verwaltung für alle Teilnehmenden eine gemeinsame Auftaktveranstaltung organisieren."*

Als nächstes führt Herr Guthier den Antrag der SPD-Fraktion vom 25.06.2018 – „Verkehrsbelastung und Sicherheit auf der Winterberger Straße“ – an. Entsprechend dem bereits unterbreiteten Verfahrensvorschlag werde der Antrag im September in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) auf die Tagesordnung genommen. Das Anliegen sei bereits Anfang dieser Woche bei Straßen NRW hinterlegt worden, so dass eine Antwort dazu erwartet werde.

Herr Schweinsberg teilt zum Bahnhofsgebäude mit, dass der Verwaltung für den 30.06.2018 durch Teile der Gesellschafter eine konkrete Aussage zum Fortgang des Projektes zugesagt worden sei. Bei einer telefonischen Nachfrage am 02.07.2018 konnte man sich an diese Zusage jedoch nicht mehr erinnern und stellte ein Datum Ende Juli in Aussicht. Inzwischen sei jegliches Vertrauen in die Firma Aedificia verloren gegangen. Im AUS werde man ggf. über Restriktionsmaßnahmen nachdenken.

Frau Grollmann informiert, dass der Entwurf des Sitzungskalender – 2019 an die Fachbereichsleitungen zur Abstimmung mit den jeweiligen Ausschussvorsitzenden übersandt worden sei.

Als nächstes teilt sie mit, dass das Auswahlverfahren zur Stelle der Gleichstellungsbeauftragten positiv verlaufen und die Entscheidung auf eine Bewerberin gefallen sei. Wenn alles weiter gut verlaufe, könne die Bewerberin zum 01.09.2018 ihren Dienst bei der Stadt Schwelm aufnehmen.

Anschließend berichtet die Bürgermeisterin von der gestrigen beinahe kreisweiten Unterzeichnung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Einführung eines Dokumentenmanagements mit der Stadt Witten.

Herr Schweinsberg bezieht sich auf die Beauftragung im AUS, aufgrund von Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger über die laufenden Baumaßnahmen ein Gespräch mit Straßen NRW zu führen. Es habe inzwischen ein sehr gutes und konstruktives Gespräch stattgefunden. In beiden Häusern sei vorgesehen, die Informationsprozesse nachzubessern. Im Herbst werde es unter Beteiligung der Technischen Betriebe Schwelm ein Planungsgespräch für 2019/2020 geben, um die



für diese Jahre vorgesehenen Projekte soweit wie möglich aufeinander abzustimmen und jeweilige grobe Zeitfenster benennen zu können.

Herr Stutzenberger würde begrüßen, wenn es einen aktuellen Bauzeitenplan für die Baumaßnahme Winterberger Straße/Frankfurter Straße geben könnte. Die Anwohner seien durch eine „Zettel-Aktion“ informiert worden. Herr Schweinsberg wird sich hierzu erkundigen.

## 6 Ausschussumbesetzungen

092/2018

Frau Lubitz beantragt hinsichtlich der in der Vorlage aufgeführten Ausschussumbesetzungen getrennte Abstimmung nach Fraktionen und begründet dies. Hierzu hält Herr Feldmann im Anschluss eine Gegenrede.

Abstimmung über den Antrag auf getrennte Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	35
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	

Nach kurzer Erörterung und dem Hinweis anderer Fraktionen, dass es sich um intern zu klärende Unstimmigkeiten der Fraktion DIE LINKE. handle, zieht Frau Lubitz den Antrag auf Ausschussumbesetzung ihrer Fraktion zurück.

Anschließend bittet Frau Grollmann um Abstimmung über die von der CDU-Fraktion beantragten Ausschussumbesetzungen.

### Geänderter Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Änderungen von Ausschussbesetzungen werden beschlossen:

	bisher	neu	Funktion
<b>Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung</b>	Marcel Gemke	<b>Christian Krökert</b>	CDU 5. stv. MG
<b>Sozialausschuss</b>	Michael Flender	<b>Matthias Bach</b>	CDU 3. stv. MG
<b>Kulturausschuss</b>	N.N.	<b>Miguel Ordonez del Cid</b>	CDU 4. stv. MG

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

**NB: Bürgermeisterin**

Die Bürgermeisterin begrüßt zu dem Tagesordnungspunkt Herrn Pelzer von der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen e.V. und bittet ihn um Vorstellung seiner für die Sitzung vorbereiteten Präsentation.

Nach Beendigung des Vortrags beantwortet Herr Pelzer diverse Fragen aus dem Gremium.

Herr Kranz beantragt getrennte Abstimmung über die Punkte 1 bis 4 des Beschlussvorschlags und begründet seinen Antrag.

Herr Schwunk teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Es sei richtig, das Hallenbad zu sanieren, sodass das Schwimmen in den nächsten Jahren möglich bleibe. Er begrüße die vorgesehene breite und offene Diskussion. Auch die inhaltliche Begründung, dass die vorgestellten nicht die einzigen Varianten seien, finde seine Zustimmung. Rundherum halte er die vorgesehene Herangehensweise für richtig.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass Punkt 3 des Beschlussvorschlags dafür Sorge trage, dass das Hallenbad zunächst für 3 bis 5 Jahre aufrechterhalten werde.

Herr Kick sieht in der Verwaltungsvorlage die bisherige Diskussion gut abgestimmt dargestellt. Die SPD-Fraktion werde dieser zustimmen.

Für Herrn Flühöh ist aktuell etwas anderes geschehen, als erwartet. Es gab keine Zweifel, beide Alternativen auf dem Grundstück verwirklicht zu bekommen. Neu sei aber die Information, dass mit derart massiven Aufschüttungen gerechnet werden müsse und der verkehrliche Situation. Er bitte die Verwaltung ohne Ausschreibung zu ermitteln, was hierzu benötigte Gutachten (Baugutachten, Verkehrsgutachten) kosten würden und diese Informationen über die Sommerpause zur Verfügung zu stellen.

Herr Kranz teilt mit, der Vorlage zustimmen zu können, wenn es so sei, wie Herr Schwunk dies geschildert habe, dass in der Diskussion auch weitere Varianten erörtert werden. Sollten nur die beiden Varianten 1 und 2 im Raum stehen, könne eine Zustimmung zu Punkt 1 des Beschlussvorschlags nicht erfolgen.

Herr Schweinsberg erläutert, dass der Auftrag gelautet habe, die beiden Varianten 1 und 2 von den insgesamt 11 Alternativen zu untersuchen und nun nach der Präsentation deutlich sei, wie viel Aufwand eine solche Untersuchung mit sich bringe. Es mache Sinn, sich im Arbeitskreis zunächst mit diesen beiden Möglichkeiten zu beschäftigen. Sollte aus dem Arbeitskreis ein großes Veto kommen, werde die Angelegenheit erneut dem Rat vorgelegt.

Herr Stutzenberger teilt mit, dass die Fraktion DIE BÜRGER mit dem Beschlussvorschlag konform gehen könne. Ihr sei wichtig gewesen, dass die Variante 1 auf dem Gelände umgesetzt werden könne. Bei weiterer Beratung seien unter Einbindung aller Beteiligten sicher noch Variationsmöglichkeiten denkbar.

Frau Grollmann verweist auf den in der Vorlage unterbreiteten Vorschlag zur Erweiterung des Arbeitskreises und bittet die Fraktionen um jeweilige Benennung von Personen.

Herr Feldmann teilt mit, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Kranz, dass sein Antrag auf getrennte Abstimmung aufrechterhalten werde.

Herr Schweinsberg schlägt vor, zunächst über Punkt 1 des Beschlussvorschlags abzustimmen. Sollte dieser mehrheitlich angenommen werden, könne auch die Abstimmung über Punkt 4 erfolgen. Sollte Punkt 1 abgelehnt werden, könne Punkt 4 gestrichen werden.

Herr Kranz akzeptiert diesen Vorschlag als pragmatische Lösung. Seine Fraktion würde sich dann ggf. bei der Abstimmung über Punkt 4 enthalten. Er bittet, zu Protokoll zu vermerken, dass die Fraktion SWG/BfS den beiden Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlags voll zustimme.

Abstimmung über den Antrag auf getrennte Abstimmung des Herrn Kranz:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	4

### **Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussvorschlags:**

#### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, den bestehenden Arbeitskreis „Zukunft der Bäderlandschaft“ zu erweitern und diesen öffentlich beraten zu lassen. Der Arbeitskreis wird unter Beachtung bisher gefasster Beschlüsse und Ergebnisse dem Rat der Stadt Schwelm bis Ende des Jahres 2018 eine Empfehlung aussprechen, ob die Variante 1 (Neubau Hallenbad) oder Variante 2 (Ganzjahresbad) auf dem Gelände des Freibades weiter verfolgt werden soll. Bei Bedarf soll die Verwaltung für die Moderation/Durchführung dieses Projektschritts eine externe Unterstützung beauftragen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

### **Abstimmung über Punkt 2 des Beschlussvorschlags:**

#### **Beschluss:**

2. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, die für einen temporären Betrieb des Hallenbades notwendigen Maßnahmen bis Ende des Jahres 2018 durchzuführen/umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

### **Abstimmung über Punkt 3 des Beschlussvorschlags:**

#### **Beschluss:**

3. Für die Umsetzung der Ziffer 2 des Beschlussvorschlages notwendigen Finanzmittel werden im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement" für das HH.-Jahr 2018 überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von 300.000 € auf der Haushaltsstelle 01.01.13.521505 - "Bauunterhaltung" bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge/-einzahlungen bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 – Gewerbesteuer –.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

### **Abstimmung über Punkt 4 des Beschlussvorschlags:**

#### **Beschluss:**

4. Die weiteren finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorschläge 1-3 sind im Etat 2019 ff abzubilden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

Frau Grollmann bedankt sich bei Herrn Pelzer und verabschiedet ihn.

## **8 Zentralisierung / Entwicklung Bestandsgebäude**

### **8.1 Entwicklung Patrizierhaus**

**094/2018/1**

Die Bürgermeisterin Frau Grollmann begrüßt zum Tagesordnungspunkt zunächst Herrn Lindermann und Herrn Schulz vom Vorstand der Städtischen Sparkasse zu Schwelm. Sie bittet Herrn Lindermann, dem Rat seine zum Patrizierhaus vorbereitete Präsentation vorzustellen, die er im Anschluss vorträgt (*Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt!*).

Nach Beendigung der Präsentation beantwortet Herr Lindermann Fragen aus dem Gremium.

Frau Lubitz erkundigt sich hinsichtlich des behindertengerechten WCs nach dessen Öffnungszeiten, die sich lt. Herrn Lindermann an den Öffnungszeiten des Unternehmens orientieren werden.

Herr Feldmann fragt Herrn Lindermann und Herrn Schulz, ob sich die Städtische Sparkasse zu Schwelm evtl. auch für das Kesselhaus interessieren könne. Herr Lindermann entgegnet, dass die Sparkasse nur Immobiliengeschäfte tätigen dürfe,

wenn sie diese selbst nutze oder zur Geldanlage, wenn diese bereits entwickelt und vermietet seien.

Herr Kranz möchte wissen, wie sich die Stadtparkasse davor schützen wolle, dass zukünftige Baggerarbeiten nicht die Datenleitungen beider sehr nah beieinander stehenden Gebäude kappe und ob mit Blick auf arbeitsschutzrechtliche Gesichtspunkte die unter Denkmalschutz stehende Treppe auch weiterhin genutzt werden solle.

Herr Lindermann teilt hierzu mit, dies mit dem Architekten bereits erörtert zu haben, die Treppe aber lediglich optisch so steil aussehe. Die Planungen der Sparkasse seien jedoch noch gar nicht so konkret. Zu der Gefahr der Datenleitungskappung verweist Herr Lindermann auf entsprechende Schutznetze.

Herr Lenz ist der Auffassung, dass das Gebäude in gute Hände komme und sinnvolle Verwendung erfahre. Im Arbeitskreis Zentralisierung sei die fehlende Barrierefreiheit des Gebäudes erörtert worden. Er erkundigt sich, ob dies für das Unternehmen keine Rolle spiele und welche zeitliche Vorstellung das Unternehmen habe.

Zur fehlenden Barrierefreiheit der 1. und 2. Etage erläutert Herr Lindermann, mit dem Architekten Klaus Lange den Einbau eines Aufzugs überlegt zu haben. Dieser müsste jedoch den denkmalschutzrechtlichen Anforderungen entsprechen und würde viel Fläche verbrauchen. Daher habe man sich gegen den Einbau eines Aufzugs entschieden. Zur zeitlichen Vorstellung teilt er mit, dass die Städtische Sparkasse zu Schwelm so bald wie möglich den Baubeginn starten würde, um sich nicht gegenseitig mit der Bauphase des Rathauses zu behindern. Vorbehaltlich des morgigen Beschlusses des Verwaltungsrates der Sparkasse würden die Planungsarbeiten begonnen, um schnellstmöglich anschließend auch die Bauphase folgen zu lassen.

Herr Kirschner zeigt sich erfreut über die Möglichkeit, die sich aufgezeichnet hat. Das Patrizierhaus sei für die Stadt Schwelm ein Gebäude mit besonderer Bedeutung. Und wenn man sich von einer derartigen Immobilie trennen müsse, so möchte man diese in besten Händen wissen. Hier gebe es zwei Sichtweisen. Zum einen die Sicht der Stadt, aus der es gut sei, dass das Gebäude jemand erhalte, der es wert schätze und herrichten werde. Dies sei auch im Interesse eines Kommunalpolitikers. Aber zum anderen auch aus Sicht der Sparkasse, für die das Gebäude viele Chancen der Nutzung biete. Das Gebäude werde sich nach Fertigstellung in der Außenwahrnehmung gut für die Sparkasse darstellen. Die SPD-Fraktion wolle im Rat keine operativen Fragen diskutieren, wie z.B. konkrete Nutzung, Öffnungszeiten oder Gestaltung. Diese Entscheidungen gehören in die Hände des Vorstandes, in denen sie bestens aufgehoben seien.

Herr Flühöh ist dankbar, dass der Vorstand der Städtischen Sparkasse zu Schwelm mit dem Vorschlag auf Rat und Verwaltung zugekommen sei. Er könne sich da Herrn Kirschner anschließen, dass dieser aus Sicht des Rates und der Sparkasse eine gute Lösung darstelle. Auf der einen Seite habe der Wunsch gestanden, den Standort selbst in der Hand zu behalten und dessen Entwicklung voranzutreiben, wie ihn die Bürgerinnen und Bürger Schwelms am liebsten hätten. Das bedeute aber auf der anderen Seite auch, sich möglichst nicht von Teilen des Gesamtkomplexes zu trennen. In vorliegendem Fall gebe man das Grundstück jedoch wie in einer Familie mit sehr gutem Verhältnis in die Hände eines Familienbetriebes, was die

CDU-Fraktion sehr begrüße. Die Städtische Sparkasse zu Schwelm könne für das Gebäude wesentlich mehr tun, als die Stadt. Seine Fraktion werde daher dem Verkauf zustimmen.

Herr Feldmann erklärt, ebenfalls dem Verkauf zuzustimmen und begrüßt, dass das Haus in bewehrte Hände komme.

Frau Grollmann freut sich sehr über die Entwicklung des „Schmuckstückchens“ als Tor zur historischen Innenstadt und den ersten Schritt in Sachen Stadtentwicklung.

Herr Schwunk kündigt an dieser Stelle Anträge seiner Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt an, da die FDP-Fraktion den Verkauf als rechtswidrig ansehe. Er sei erschüttert, dass wiederholt derart wichtige Entscheidungen noch nicht einmal in den Fraktionen vorberaten werden konnten. Er beantrage Vertagung. Ein Verkauf könne nur in Betracht kommen, wenn über das Patrizierhaus ein unabhängiges Wertgutachten vorliege. Hier mache ein kommunales Unternehmen ein Geschäft, von dem nicht gesagt werden könne, ob es eine Übervorteilung der Sparkasse darstelle sowie ohne sorgfältig geprüft zu haben, ob Untreue oder Vorteilsnahme vorliege.

Seine Fraktion könne dem Verkauf nur zustimmen, wenn aus einem unabhängigen Wertgutachten hervorgehe, dass der Kaufpreis korrekt sei.

Im Übrigen gebe es in § 106 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen Regelungen. Ein derartiges Unternehmen könne nicht bevorteilt werden. Der Rat sei gegenüber anderen Bewerbern zur Neutralität geboten. Es sei falsch, dass kommunale Angelegenheiten nichtöffentlich zu behandeln seien. Er weise darauf hin, dass wenn der Kaufpreis unter Buchwert sein sollte und eine Abwertung vorgenommen werden müsse, dies der Bürger früher oder später gewahr werde, wie er etwas subventioniert habe. Auch gebe es einen Sonderprüfungsauftrag an das Rechnungsprüfungsamt. Aus Sicht der FDP-Fraktion sei ein rechtlich sauberes Vorgehen mit allen Beteiligten dringend geboten.

Wenn einer Vertagung nicht zugestimmt werde, beantrage er, in einem freien Bieterverfahren an den Bestbietenden zu verkaufen. Das wäre ein offenes faires Verhalten.

Der dritte Antrag, den er stelle, sei, einen Arbeitskreis zu bilden und das Thema öffentlich zu diskutieren, solange das Gebäude in städtischem Eigentum stehe. Denn wenn der Verkauf in einem Bieterverfahren abgelehnt werde, solle ein Arbeitskreis gebildet werden, um in öffentlicher Diskussion mit dem Bürger zu entscheiden, was mit dem Gebäude geschehen solle.

Herr Flühöh fordert Herrn Schwunk auf, nicht derartige Halbwahrheiten vorzutragen, die die ganze Angelegenheit in diffuses Licht stelle. In § 106 GO NRW stehe etwas von Jahresabschlüssen, also etwas ganz anderes.

Darüber hinaus führt Herr Flühöh aus, dass es falsch sei, dass kein Gutachten vorliege. Eben wegen der Vermeidung des Verdachts einer verdeckten Gewinnausschüttung habe die Städt. Sparkasse zu Schwelm zur eigenen Sicherheit ein Gutachten in Auftrag gegeben, das genau diesen Kaufpreis zum Ergebnis habe.

Abschließend ergänzt er, eine Abwertung würde sich entgegen der Aussage des Herrn Schwunk nicht negativ auf das Ergebnis auswirken. Dies zeige auch die Tatsache, dass der Ankauf lediglich im Finanzplan abgebildet sei.

Er bietet Herrn Schwunk an, künftig gerne in der Sache zu streiten, aber keine Unwahrheiten in die Welt zu setzen, die den gesamten Prozess in ein negatives Licht rücken.

Herr Gießwein kann die Aussagen des Herrn Schwunk nicht nachvollziehen. Er versuche damit, eine gute Entwicklung für die Stadt zu verhindern, aber er sei mit seiner Meinung unterlegen. Er könne diese kundtun, aber er solle doch bitte nicht versuchen, das Objekt Patrizierhaus zu beschädigen. Herr Schwunk könne froh sein, dass es einer guten und sinnvollen Nutzung zugeführt werde. Er selbst möchte das Gebäude niemals an einen anderen privaten Investor abgeben. Daher habe man sich darauf verständigt, das Gelände selbst zu entwickeln. Und wenn die Städtische Sparkasse es entwickle, gehöre es im Weiteren zur Stadt selbst. Im Übrigen werde der Beschluss im öffentlichen Teil gefasst. Das einzige im nichtöffentlichen Teil sei der Kaufpreis. Das dieser später herauskomme, sei sowohl der Sparkasse bewusst als auch dem Rat und der Verwaltung. Aber an dieser Stelle könne man mit der Sparkasse nicht anders umgehen, wie mit anderen Bietern.

Herr Schweinsberg erklärt, sich nicht in die politische Diskussion einmischen zu wollen, aber am 14.06.2018 sei im Hauptausschuss festgestellt worden, die Angelegenheit nicht beschließen zu können. Die Verwaltung sei beauftragt worden, sich bis zum Rat insbesondere für das Patrizierhaus um ein Konzept zu bemühen. Bekannt waren der Raumbedarf der Sparkasse und das Vorhandensein des Gebäudes. Damit sei die Verwaltung auf die Sparkasse zugegangen, woraufhin eine gemeinsame Begehung des Gebäudes stattgefunden habe. Bei dieser stellte sich heraus, dass der Kauf des Patrizierhauses für die Sparkasse sinnvoller sei, als die Anmietung. Die Bürgermeisterin und er seien sehr froh gewesen, sich von dem Risiko des Gebäudes verabschieden zu können. Die Lösung stelle des Weiteren den ersten Schritt zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) dar und nun werde der Vorwurf erhoben, dies erfülle einen Straftatbestand etc. Diesen Vorwurf nehme er zur Kenntnis. Ein Gutachten sei von zertifizierten Gutachtern der Sparkasse erstellt und von der Verwaltung gegengeprüft worden. Alle haben sich bemüht, den Beschluss aus dem Hauptausschuss vom 14.06.2018 umzusetzen und werden nun angegriffen. Dieses Verhalten enttäusche ihn sehr und finde er unfair. Frau Grollmann schließt sich diesen Ausführungen vollumfänglich an. Die FDP-Fraktion sei im letzten Jahr bei der mit Leidenschaft betriebenen strategischen Planung und Entwicklung, die vom Arbeitskreis Zentralisierung unterstützt worden sei, stets beteiligt gewesen.

Herr Lenz kann sich vorstellen, warum die Anträge der FDP-Fraktion im öffentlichen Teil gestellt worden seien. Es seien von Herrn Schwunk Begrifflichkeiten gewählt worden wie Kaufpreisentwicklung, die Frage der Auslobung etc., die als strafrechtlich relevante Fragestellungen zu bewerten seien. Es gebe aber auch im nichtöffentlichen Teil eine Vorlage zu der Angelegenheit. Einiges von seinen Formulierungen liege im Bereich der zum Schutz der Vertragspartner nichtöffentlich zu diskutierenden Sachverhalte.

Herr Kranz hält den eingeschlagenen Weg nicht für unbedingt richtig. Er sei der Auffassung, nicht im Zugzwang zu stehen. Man hätte auch durchaus den vorsichtigeren Weg beschreiten können. Aber inhaltlich stimme er zu, das Patrizierhaus an die Sparkasse zu veräußern. Insofern werde er der Vorlage zustimmen, wenn auch mit Bauchschmerzen.

Herr Beckmann erwidert Herrn Schweinsberg, dass er nicht gerne Fleißkärtchen vergebe. Er sehe den Druck nicht und ihm sei eine zeitliche Brisanz nicht bekannt. Insofern hätte ein ordentliches Gremium einberufen werden können.

Die Art, wie die Angelegenheit ausgemacht worden sei, habe ein „Geschmäcke“. Ihm sei die Kaufpreisfindung schleierhaft. Das Haus liege in einer ausgesprochenen Lage. Bei einer Ausschreibung könne sich gegebenenfalls noch jemand anderes dafür interessieren. Das sei das einzige, worum es gehe. Er möchte die Möglichkeit erhalten, nachzuvollziehen, wie sich der Preis ergeben habe. Wenn es so sei, wie vermutet, dass unter Wert verkauft werde, schlage sich das in der Bilanz nieder und würde das Eigenkapital mindern.

Herr Schweinsberg entgegnet, dass der Grund für die heute vorgestellte Vorlage der Zeitdruck gewesen sei, vor der Sommerpause ein Konzept vorzulegen. Es sei wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass es im Rahmen des ISEK jetzt vorangehe. Ausgeschrieben worden sei nicht, da der Rat mit Mehrheitsbeschluss entschieden habe, das Objekt nicht auf dem Markt zu hinterlegen. Daher habe sich die Frage des freien Wettbewerbs nicht gestellt. Zu der Frage, wie mit den Wertgutachten umgegangen werde, seien anfängliche Gespräche mit dem Rechnungsprüfungsamt geführt worden. Im Finanzausschuss werde beraten, wie mit anderen Flächen auf dem Grundstück verfahren werden solle. Das der Kauf gegen Eigenkapital zu buchen sei, da unter Wert verkauft werde, sei unstrittig.

Herr Schwunk widerspricht, dass er nicht gesagt habe, dass der Kaufpreis ergebniswirksam, sondern dass er im Jahresabschluss sichtbar werde. Des Weiteren hätte die Verwaltung, wenn auf der städtebaulichen Fortentwicklung so großer Wert gelegen habe, ein käuferunabhängiges Wertgutachten erstellen lassen können. Die Sparkasse habe ihm bestätigt, dass es kein unabhängiges Wertgutachten gebe und er habe sich bei einer kommunalpolitischen Vereinigung erkundigt, dass derartige Beschlüsse nicht gefasst werden dürfen.

Herr Lindermann klärt auf, dass der Gutachter im Hause der Sparkasse zertifiziert und für sich unabhängig sei. Das Gutachten sei des Weiteren von einem neutralen zweiten Gutachter bestätigt worden. Bei einer Kontaktierung des Gutachterausschusses sei der frühestmögliche Zeitpunkt einer Begutachtung das 1. Quartal 2019 gewesen. Daher habe man entschieden, den internen für sich unabhängigen zertifizierten Gutachter zu beauftragen.

Herr Lindermann trägt einen Vorschlag zur Güte vor. In den notariellen Vertrag könne eine Ausgleichsklausel aufgenommen werden, der eine wechselseitige Schuld regle für den Fall, dass der Gutachterausschuss den Wert nicht belege oder die Abweichung vom Wert in Höhe eines zu vereinbarenden Prozentsatzes feststelle.

Für Herrn Kick ist erkennbar, dass die Herren Lindermann und Schulz nur sehr selten im Rat zu Gast seien. Ansonsten hätten sie bemerkt, dass die FDP-Fraktion in jeder zweiten Sitzung derartige Vorträge halte, die alle anderen bereits kennen.



Alle Anträge der FDP seien sachlich und korrekt beantwortet worden. Er gehe davon aus, dass alles korrekt gelaufen sei und wäre froh, schnell zum Ende zu kommen.

Herr Kirschner erklärt, dass es möglich sei, dass der Kaufpreis früher oder später bekannt und dann ausführlich diskutiert werde. Ihn störe, was hier gerade getan werde. Als gebe es jemanden, der die Stadt über den Tisch ziehen wolle. Die Herren der Sparkasse führen Tag für Tag gewissenhaft ihre Geschäfte, die andernfalls aufsichtsrechtliche Konsequenzen erfahren würden. Ebenso die Beschäftigten der städtischen Verwaltung. Daher störe es ihn, wenn mit Halbwahrheiten argumentiert und mit strafrechtlichen Folgen gedroht werde. Dabei werde die Grundlage der zu treffenden Entscheidung, die seitens der Verwaltung und in der von Herrn Lindermann geschilderten Art und Weise vorbereitet worden sei, vollkommen ignoriert. Vielmehr werde so getan, dass die Verwaltung achtlos mit Geld umgehe und nicht auf die Finanzen achte, sogar kriminell handle.

Herr Weidenfeld weist darauf hin, dass alle wissen, dass Buchwerte nicht mit Verkehrswerten verwechselt werden dürfen. Es sei seinerzeit bekannt gewesen, dass das Patrizierhaus noch ein großer „Klotz am Bein“ und praktisch nicht entwickelbar werden könnte. Dass Herr Schwunk dann sage, dass der Buchwert nicht erzielbar sei, sei lächerlich. Zum „ISEK“ sollte man sich bewusst machen, welchen Signalwert es habe, wenn ein renommiertes Unternehmen zur Entwicklung des Einzelhandels der Stadt beitrage.

Herr Feldmann erklärt, dass es Gründe für den Verkauf gebe und man nicht einschätzen könne, wie hoch zum Beispiel die Renovierungskosten ausfallen können. Das Patrizierhaus sei der noch wesentlich bessere Teil des Grundstücks. Mit dem Kaufpreis, den die Sparkasse biete, sei die Stadt sehr gut bedient. Auf dem Markt wäre nur ein viel niedrigerer Preis zu erzielen gewesen.

Frau Sartor beantragt das Ende der Diskussion und dankt der Verwaltung, auf den Wunsch der Politik hin so zügig den Vorschlag erarbeitet zu haben.

Frau Grollmann bittet um Abstimmung über den Vertagungsantrag der FDP-Fraktion.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	4
	dagegen:	29
	Enthaltungen:	3

Anschließend bittet die Bürgermeisterin um Abstimmung über Vorlage 094/2018/1, dankt Herrn Lindermann und Herrn Schulz für ihre Ausführungen und verabschiedet die Herren des Vorstandes der Städtischen Sparkasse zu Schwelm.

### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, das Patrizierhaus an die Stadtparkasse Schwelm zu verkaufen.
2. Der Beschluss zu 1 steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Gremien der Stadtparkasse Schwelm.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

## **8.2 Bestandsgebäude Kesselhaus / Antrag der Fraktion 098/2018/1 SWG / BfS vom 12.6.2018**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes räumt die Bürgermeisterin zunächst den Antragstellern das Wort ein.

Herr Kranz trägt zur Erläuterung des Antrags vor, dass seine Fraktion es aus finanziellen und städtebaulichen Gesichtspunkten für wenig sinnvoll erachte, knapp 7 Mio. € in das Kesselhaus und 6 Mio. € in das Kulturzentrum zu investieren. Im Hauptausschuss seien dazu bereits Argumente ausgetauscht worden. Er möchte vielmehr auf die Argumente der Verwaltung eingehen, es gingen keine Parkplätze verloren, da das Kulturzentrum nur entlang der Römerstraße gebaut würde. Der Wilhelmsplatz könne nicht bebaut werden, ohne dass Parkplätze verloren gehen. Wie solle zukünftig die Situation auf dem nicht als Parkplatz ausgewiesenen aber so genutzten Wilhelmsplatz aussehen, wenn dort ein Kulturzentrum gebaut würde. Seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass die Parkplatzfrage dort ein Problem sei.

Des Weiteren gehe er davon aus, dass die Verwaltung die Wirtschaftlichkeit des Kulturzentrums nicht der Wirtschaftlichkeit des Kesselhauses gegenübergestellt habe. Herr Beckmann habe bereits im Hauptausschuss nach einer Rentabilitätsberechnung gefragt, die bis heute keiner gesehen habe. Er denke, dass bis heute als kritisch zu bewerten sei, dort eine Gastronomie zu errichten. Er sehe die Gefahr, mit dem Kesselhaus in Konkurs zu gehen, weil sich dort eine Gastronomie nicht etablieren könne. Seine Fraktion halte Investitionen in Höhe von 7 Mio. € deutlich für zu hoch. Um ein finanzielles Desaster zu vermeiden, müsse die Notbremse gezogen werden.

Herr Flüshöh weist darauf hin, dass es nicht unwahrscheinlich sei, im Rahmen des ISEK für das Kulturzentrum Fördermittel zu bekommen. In dem Fall sei eine Vollbremsung töricht. Bisher habe man eine unwidersprochene Grundlage in vielen Sitzungen erschaffen, wie mit dem Grundstück verfahren werden solle und die verfolge man nun weiter. Er habe bisher keine Kritik vernommen, dass dort keine Gastronomie verortet werden solle.

Nach Auffassung des Herrn Schwunk wimmle es in der Verwaltungsvorlage nur so vor Unzulänglichkeiten und Fehlern, die er näher begründet. Daher könne die FDP-Fraktion den Vorschlag nur ablehnen.

Herr Dr. Bockelmann rechnet vor, dass zunächst 30 Mio. € für das Rathaus kalkuliert worden seien zuzüglich 6 Mio. € für das Kulturzentrum und knapp 7 Mio. € für das Kesselhaus. Bei 20 Jahren sind das 350.000 € pro Jahr und ca. 30.000 € pro Monat. Und das über 20 Jahre lang. Vielleicht können für das Kulturzentrum Fördermittel beantragt werden, aber was sei bei den anderen Gebäuden? Schwelm sei eine Stärkungspaktkommune und irgendwann werden die geschätzten 50 Mio. € die Stadt einholen und zu ca. 2.000 Hebesatzpunkten führen.

Herr Lenz wendet sich an die Kritiker und bringt in Erinnerung, dass in verschiedenen Gremien nach guten und besseren Wegen gerungen worden sei. Er könne nicht nachvollziehen, warum im Nachgang zu mehrheitlich getroffenen Entscheidungen diese immer diskreditiert werden. Die Zahlen, die die Kritiker benennen, seien beliebig zu variieren und noch mit viel weniger hinterlegt. Er lade die Kritiker ein, in den entsprechenden Gremien in einer konstruktiven und konkreten Art und Weise mitzuarbeiten. Konstruktive Kritik sei in Ordnung, aber das was hier geschehe nicht.

Herr Heinemann beantragt das Ende der Rednerliste.

Abstimmung über den Antrag:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	28
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	2

Herr Stutzenberger bittet – da keine neuen sachlichen Informationen mehr vorgetragen werden – die nachfolgenden letzten Redner, sich kurz zu halten.

Frau Lubitz fällt es schwer, die Entscheidungen zu treffen. Zu der Errichtung des Kulturzentrums auf dem Wilhelmsplatz vertraue sie der Verwaltung. Nur so bestehe die Möglichkeit, Fördermittel zu bekommen.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion SWG/BfS.

### **Beschluss:**

- 1) Alle Planungen zur Errichtung eines Kulturzentrums auf dem Wilhelmplatz werden mit sofortiger Wirkung eingestellt.
- 2) Im Gegenzug wird das "Kesselhaus" als Kulturzentrum geplant.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	28
	Enthaltungen:	4

## **8.3 Entwicklung Kesselhaus**

**094/2018/2**

### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung das Kesselhaus unter Berücksichtigung denkmalschutzrechtlicher Aspekte vollumfänglich zu sanieren / umzubauen. Bei der Entwicklung des Objektes ist der überwiegende Teil der im Erdgeschoss befindlichen Flächen für die Verortung eines Gastronomiebetriebes herzurichten. Weiterhin sind in den übrigen

Flächen des Objektes u.a. Wohnungen bzw. nicht störendes Gewerbe zu errichten und einer Vermietung an Dritte zuzuführen. Der Arbeitskreis Zentralisierung ist eng einzubinden.

2. Für die Umsetzung der Ziffer 3 des Beschlussvorschlages werden im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement" für das Haushaltsjahr 2018 außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 100.000 € bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0291.785100 – Hochbauinvestitionen Kesselhaus – bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0277.785100 - "Zusammenführung Verwaltungsstandorte in der Innenstadt".
3. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung zur Umsetzung der Ziffer 1 dieses Beschlussvorschlages, nach Vorgabe des Arbeitskreises Zentralisierung – analog dem Auswahlverfahren Projektsteuerer Rathaus – unter Hinzuziehung der Kanzlei Baumeister und Partner, als Geschäft der laufenden Verwaltung in Bindung an den Beschluss dieses Gremiums das Vergabeverfahren Projektsteuerung Kesselhaus durchzuführen und den Projektsteuerer auszuwählen.
4. Die weiteren finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorschläge 1-3 sind im Etat 2019 ff abzubilden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	6
	Enthaltungen:	

**9                    Jahresabschluss 2017 der Gesellschaft für                    086/2018/1**  
**Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm**  
**GmbH & Co. KG (GSWS) und der**  
**Beteiligungsgesellschaft**

Die Bürgermeisterin Frau Grollmann begrüßt zunächst Frau Rasche von der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm (GSWS) und bittet sie um ihre Ausführungen.

Frau Rasche teilt mit, dass sie mit dem Jahresabschluss der GSWS hier sei und sie im Vorfeld Fragen hierzu erreicht haben, die sie im Anschluss beantwortet.

Herr Gießwein erläutert, warum die Fraktion B'90/Die Grünen der Vorlage nicht zustimmen werde.

Herr Kranz erklärt im Anschluss, warum sich die Fraktion SWG/BfS entschlossen habe, der Vorlage zuzustimmen.

## **Beschluss:**

Der Vertreter der Stadt Schwelm in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG bzw. der Beteiligungsgesellschaft mbH, Herr 1. Beigeordneter Ralf Schweinsberg oder als Vertreterin, Frau Städtische Oberverwaltungsrätin Marion Mollenkott, wird ermächtigt, den Vorschlägen des Aufsichtsrates im Sinne der nachstehenden Darlegungen zuzustimmen.

Ferner wird er/sie ermächtigt, a) der Entlastung des Aufsichtsrates und b) den Änderungen von § 1 Absatz 1 (Änderung der Firma) und § 2 Absatz 1 (Änderung des Gegenstandes der Gesellschaft) des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	25
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	1

NB: Frau Grollmann, Herr Dr. Bockelmann, Herr Feldmann, Herr Kick, Herr Müller, Herr Philipp

## **10 Konzept Martfeld 2020**

**099/2018**

Frau Grollmann informiert, dass die Thematik inhaltlich bereits im Kulturausschuss beraten und diskutiert worden sei. In heutiger Ratssitzung gehe es lediglich um die grundsätzliche Zustimmung zum vorgestellten Konzept.

Frau Sartor bestätigt, dass wenn das Konzept erst einmal umgesetzt worden sei, dies einen erheblichen Gewinn für das schöne Schloss Martfeld bedeute. Die CDU-Fraktion werde daher zustimmen.

## **Beschluss:**

- a) Der Rat der Stadt Schwelm stimmt dem Konzept zum Projekt Martfeld 2020 in der Anlage 1 dargestellten Form grundsätzlich zu.
- b) Bis zu den Haushaltsberatungen 2019 werden die benötigten Finanzmittel unter Einbeziehung von Spendengeldern und Fördermitteln beziffert und vorgelegt.
- c) Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Anträge auf Fördermittel zu stellen.
- d) Die Planung zur Barrierefreiheit wird mit dem Behindertenbeirat abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Beckmann, Herr Feldmann und Herr Philipp waren während der Abstimmung nicht anwesend.

- 11      **Regionale Vereinbarung über eine gegenseitige Abstimmung im Bereich des großflächigen Einzelhandels und im Umgang mit kommunalen und (teil-)regionalen Einzelhandelskonzepten und Gutachten im Verbandsgebiet des Regionalverbands Ruhr (RVR)**      **064/2018**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Schwelm stimmt dem Abschluss der Regionalen Vereinbarung über eine gegenseitige Abstimmung im Bereich des großflächigen Einzelhandels zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung zu unterzeichnen und den Gremien über die weitere operative Umsetzung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 12      **Bebauungsplan Nr. 106 "Zassenhaus-Gelände"**      **071/2018**

1. **Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB**
2. **Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB**
3. **Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**

Herr Kranz erklärt, dass Herr Schweinsberg im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) gesagt habe, dass hier das Einzelhandelskonzept umgesetzt würde. In diesem stehe aber, dass das Zassenhausgelände mit Einzelhandel gestaltet werde. Er habe bereits klar gemacht, dass die Fraktion SWG/BfS dem Einzelhandelskonzept zustimme, aber diesen Punkt ablehne.

Herr Weidenfeld bezieht sich auf seine Aussage im AUS, dass die Fraktion B'90/Die Grünen das Einzelhandelskonzept an dieser Stelle anders verstehen, als es auf den Weg gebracht werde. Sie stimmen dem Aufstellungsbeschluss zu, da das Gelände entwickelt werden müsse, behalten sich aber vor, im weiteren Verfahren dagegen zu stimmen.

**Beschluss:**

1. Gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 106 „Zassenhaus-Gelände“ beschlossen. Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 13, Flurstücke 542 tlw., 558, 559, 560, 572, 573, 574, 575, 743 tlw., 744 tlw. und 745tlw.. Den genauen Geltungsbereich setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7 BauGB).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB durchzuführen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

### 13      **Änderungsverfahren des LEP NRW**

#### 13.1      **Änderungsverfahren des LEP NRW - Antrag der                      100/2018** **Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.06.2018**

Herr Weidenfeld schildert den bisherigen Werdegang der zu Grunde liegenden Angelegenheit und berichtet von katastrophalen Entscheidungen in Wuppertal, in denen Wertsteigerungsprozesse angestrebt und teilweise größere Entsiegelungen von Flächen erreicht worden seien als derzeit bestehen.

Es werden in der Mehrzahl Entscheidungen im Sinne von Wertsteigerungen getroffen. Daher habe die Fraktion B'90/Die Grünen den Antrag gestellt, um die Begrenzung des Flächenverbrauchs weiter Aufrecht zu erhalten und nicht der weiteren Aufweichung der Herabstufung dieses Zieles zuzustimmen. Der Antrag beziehe sich lediglich auf diesen einen Punkt, den die Fraktion B'90/Die Grünen für sehr relevant halte. Daher bitte er, den gestellten Antrag zu unterstützen und im weiteren Verfahren zu versuchen zu reflektieren, was mit den Flächen in Schwelm geschehe.

Herr Schwunk teilt mit, im Kreistag hierzu eine ausgewogene Stellungnahme abgegeben zu haben, die auch viele positive Aspekte darstelle. In einem Punkt werde man nicht übereinkommen, gerade für den Ennepe-Ruhr-Kreis. In diesem habe man starke Industrie, die immer stärker auf maschinelle kapitalproduzierende Prozesse abstelle. Dies sei nur möglich, wenn man mehr Fläche generiere. Das sei mit dem gestellten Antrag nicht vereinbar. Die FDP-Fraktion werde den Antrag daher ablehnen.

Frau Lubitz erinnert daran, als Fraktion DIE LINKE. einen ähnlichen Antrag aus gleichen Gründen gestellt zu haben und könnte dem vorliegenden Antrag so zustimmen.

Herr Feldmann verdeutlicht, dass man in den 50iger Jahren noch doppelt so viel Fläche z.B. für die Herstellung von Hemden benötigt habe als heute. Für ihn sei dies eher eine Frage der Logistik und Lagerung bzw. preiswerten Wege. Deutschland entwickle sich zum Einfuhrungsland. Man sei sich inzwischen klar darüber geworden, dass Flächen endlich seien. So gehe man bei Flächen immer weiter in die offene Landschaft, was zu einem immer größer werdenden Problem für die Landwirtschaft werde, die immer weniger Nutzungsfläche habe.

Herr Kampschulte schließt sich den Ausführungen des Herrn Schwunk an. Man solle im verdichteten Raum maßvoll mit Flächen umgehen und wir seien in Nordrhein-

Westfalen Industrieland. Die meisten Arbeitsplätze befinden sich im industriellen Bereich. Südwestfalen sei der zweitgrößte Industriestaat Deutschlands. Da habe man Interesse, den Mitarbeitern ein Umfeld anzubieten und könne nicht mit Diskussionen ankommen, wie vor 50 Jahren produziert worden sei. Es müsse maßvoll mit Investitionen, auch mit Flächen umgegangen werden, aber auch mit Unternehmen, die sich entwickeln wollen, dass sie dies auch tun können.

Herr Gießwein versucht zu differenzieren. In NRW gebe es 17.500 ha nicht genutzter Gewerbeflächen an Reserve und damit habe man mehr als genug Fläche. Seiner Fraktion ginge es darum, einen Blick für Schwelm zu entwickeln.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, in der Stellungnahme zum Änderungsverfahren des LEP NRW die Aufweichung der Ziele des Flächenschutzes durch die Aufhebung der Begrenzung des Flächenzuwachses abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	21

Herr Stark war während der Abstimmung abwesend.

### **13.2      Änderungsverfahren des LEP NRW - Anträge der      104/2018 Fraktion DIE LINKE. vom 26.06.2018**

Frau Lubitz erklärt, dass sie den Antrag zum Landesentwicklungsplan „Siedlungsraum und Freiraum“ zurückziehe.

Herr Guthier spricht an, dass im Vorfeld der heutigen Sitzung Fragen aufgekomen seien im Hinblick auf die Befassungskompetenz der Stadt Schwelm bzgl. der Anträge der Fraktion DIE LINKE.

Er führt aus, dass derartige Bedenken tatsächlich aufgrund der Bezugnahme im Antrag beispielweise auf den „Nationalpark Senne“ vertreten werden können. Andererseits sei er der Auffassung, dass die Stadt Schwelm im Verfahren beteiligt worden sei, sodass auch eine Befassung des Rates zulässig und geboten sein müsse. Anders wäre es sicherlich, wenn unter Bezugnahme auf den „Nationalpark Senne“ eine Initiativentscheidung des Rates beantragt worden wäre.

Anschließend bittet die Bürgermeisterin um Abstimmung über die drei Anträge der Fraktion DIE LINKE.

- „Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Vorkommen“,
- „Gebiete für den Schutz der Natur“ und
- „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“.



Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	2
	dagegen:	15
	Enthaltungen:	14

Herr Schwunk war während der Abstimmung nicht anwesend.

**14 Antrag der weiterführenden Schulen zur Einrichtung eines Integrationspools in der Sekundarstufe I 067/2018/2**

**Beschluss:**

Für das Schuljahr 2018/19 soll am Märkischen Gymnasium ein flexibles Integrationsteam von 3 I-Helferinnen und an der Dietrich-Bonhoeffer-Realschule ein flexibles Integrationsteam von 2 I-Helferinnen eingesetzt werden, die über die Jugendhilfe (§35 a, SGB VIII) finanziert werden. Zum Ende des Schuljahres soll es ein Auswertungsgespräch geben und die weitere Umsetzung geplant werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Schwunk war während der Abstimmung nicht anwesend.

**15 Erweiterung der OGS- Gruppen an den Schwelmer Grundschulen; hier: Teilrücknahme des Beschlusses vom 22.03.2018 105/2018**

Herr Schweinsberg erläutert, dass der Rat den Auftrag erteilt habe, auch an der Schule Engelbertstraße eine dritte Gruppe einzurichten. Die Verwaltung habe nun die Eltern angeschrieben und aktuell 44 Anmeldungen vorliegen. Diese Anzahl reiche gut für nur zwei Gruppen. Seitens der Verwaltung werde damit kein Bedarf für eine dritte Gruppe gesehen, stehe aber aktuell vor Personaleinstellungen, für den Fall dass der bestehende Beschluss aufrecht erhalten werde.

Herr Philipp rät, zukünftig bei derartigen Elternbefragungen ein Datum aufzuführen, bis wann sich diese melden sollen.

Frau Peters entgegnet, dass die Eltern insgesamt drei Mal mit der Bitte um Rückmeldung kontaktiert worden seien und in dem dritten Anschreiben sogar mit Fristsetzung.

**Beschluss:**

Der Beschluss vom 22.03.2018 zur Einrichtung einer dritten OGS-Gruppe an der Grundschule Engelbertstraße für das Schuljahr 2018/19 wird zurück genommen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Schwunk war während der Abstimmung nicht anwesend.

- 16**      **Schöffenwahl 2018 für die Amtsperiode 2019 bis 2023 - Aufstellung der Vorschlagsliste**      **101/2018**

**Beschluss:**

Die Aufnahme der in Anlage 1 zur Vorlage 101/2018 aufgeführten Personen in die Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtsperiode 01.01.2019 bis 31.12.2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Schwunk und Herr Gießwein waren während der Abstimmung nicht anwesend.

- 17**      **Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs- Unternehmen am 07.06.2018 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW**      **082/2018**

**Beschluss:**

Der Rat genehmigt die von der Bürgermeisterin oder Vertreter im Amt und einem Ratsmitglied am 28.05.2018 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW zur ordentlichen Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs- Unternehmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Schwunk war während der Abstimmung nicht anwesend.

- 18**      **Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen/-auszahlungen für das Haushaltsjahr 2018 im Produkt 12.01.01 "Gemeindestraßen" (Erstattung zu viel gezahlter Konzessionsabgaben)**      **072/2018**

**Beschluss:**

Im Produkt 12.01.01 „Gemeindestraßen“ werden für das Haushaltsjahr 2018 außerplanmäßige Aufwendungen/-auszahlungen bei der Haushaltsstelle 12.01.01.549900 „Übrige weitere Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit“ in Höhe von 38.325,92 € bewilligt. Die Deckung der vorstehenden Haushaltsüberschreitung ist durch Mehrerträge/-einzahlungen bei den Haushaltsstellen 12.01.01.459100 „Andere sonstige ordentliche Erträge“ in Höhe von 24.900,00 € und 16.01.01.401300 „Gewerbsteuer“ in Höhe von 13.425,92 € sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Schwunk war während der Abstimmung nicht anwesend.

- 19 Überplanm. Aufwendungen/Auszahlungen bei Haushaltsstelle 03.02.01.531800 – Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche, sowie bei der Haushaltsstelle 03.02.06.531800 – Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche 081/2018**

**Beschluss:**

- A) Bei der Haushaltsstelle 03.02.01.531800 - Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche - werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 30.804,00 € für das Haushaltsjahr 2018 bewilligt.
- B) Bei der Haushaltsstelle 03.02.06.531800 - Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche - werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 13.124,00 € für das Haushaltsjahr 2018 bewilligt.

Die Deckung ist durch Mehrerträge/Einzahlungen bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 - Gewerbesteuer - gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Schwunk war während der Abstimmung nicht anwesend.

**20 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung**

Herr Beckmanns weist darauf hin, dass der Grünstreifen am Parkstreifen am Bahnhof vollkommen zugewachsen sei und erkundigt sich, ob dies in den Zuständigkeitsbereich der Bahn oder der Stadt falle.  
Herr Schweinsberg sagt zu, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Antwort der Verwaltung:

*Der Grünstreifen liegt in dem Zuständigkeitsbereich der Bahn.  
Eine Kontaktaufnahme ist bereits erfolgt.*

Herr Kranz erinnert an die von Frau Garn vorgetragene Frage, ob das Parkverbot in der Holthausstraße nicht aufgehoben werden könne, da dort kein Schulbetrieb mehr herrsche. Bisher habe sie noch keine Antwort erhalten.

Anschließend erkundigt sich Herr Kranz mit Hinweis darauf, dass die Herdstraße von der Hattinger Straße aus immer noch als Einbahnstraße ausgewiesen sei, ob dies so bleiben solle.

Des Weiteren spricht Herr Kranz die Regelung der Gewichtsbeschränkung an, wenn man von der Hattinger Straße in die Linderhauser Straße fahre, die man aber erst sehe, wenn man schon in die Linderhauser Straße hineingefahren sei.

Herr Rüth ist sich sicher, zur Fragestellung der Frau Garn zur Holthausstraße eine Beantwortung zum Protokoll gegeben zu haben. Die Anregung sei auf jeden Fall geprüft worden.

Zur Herdstraße bejaht Herr Rüth die Frage, ob diese Einbahnstraße bleiben solle. Aktuell stehe dort noch die Baustellenbeschilderung, da es sehr schwierig sei, Schilder zu bekommen.

Die Beantwortung der dritten Frage des Herrn Kranz werde er über das Protokoll vornehmen.

Antwort der Verwaltung:

*Die endgültige Beschilderung wurde zwischenzeitlich aufgestellt. Sollte es hier zu Problemen kommen – was bisher nicht der Fall ist –, wird die Straßenverkehrsbehörde die Beschilderung ggf. anpassen.*

Bezugnehmend auf die vorausgegangene Situation im öffentlichen Teil der Sitzung bittet Frau Sartor Frau Lubitz und Herrn Feldmann, sich in der Sommerpause mal auseinander zu setzen und sich zusammen zu raufen, damit das, was heute vorgefallen sei, nicht noch einmal passiere.

Anschließend gratuliert sie auch der Bürgermeisterin nachträglich zu deren Geburtstag.

Herr Kampschulte spricht die bevorstehende Eröffnung des Sportplatzes An der Rennbahn an. Für die Fußballspiele werden noch Mitstreiter gesucht.

**Veröffentlichung von Beschlussfassungen aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil:**

<b>Zu TOP B 3</b>	<b>2. Änderung Stellenplan 2018</b>	<b>096/2018</b>
-------------------	-------------------------------------	-----------------

„Die Anzahl der Stellen im Stellenplan 2018 erhöht sich von 270,2 auf 271,1.“

Zu TOP B 5	Verkauf des Patrizierhauses an die Stadtparkasse zu Schwelm	107/2018
------------	---	----------

*„Die Stadt Schwelm verkauft das Patrizierhaus unter Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Gremien der Stadtparkasse zu Schwelm an die Stadtparkasse zu Schwelm“.*

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 29 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 06.07.2018	Schriftführerin gez. Söhner	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	-----------------------------------	--